

Gemeinschaftsantrag

Fraktionen SPD, DIE GRÜNEN, BGI und UDI Gruppe ÖDP

Die Fraktionsvorsitzenden und Sprecher

Fraktion der SPD, Fraktion DIE GRÜNEN, Fraktion der BGI, Fraktion der UDI, Stadtratsgruppe der ÖDP

Stadt Ingolstadt
Herrn Oberbürgermeister
Dr. Christian Lösel
Rathaus

85049 Ingolstadt

SPD-Stadtratsfraktion
Unterer Graben 83–87
85049 Ingolstadt

Stadtratsfraktion DIE GRÜNEN
Taschenturmstr. 4
85049 Ingolstadt

BGI-Stadtratsfraktion
Milchstr. 4
85049 Ingolstadt

UDI Stadtratsfraktion
Am Münzbergtor 13
85049 Ingolstadt

ÖDP-Stadtratsgruppe
Manggasse 6
85049 Ingolstadt

Ingolstadt, 14.02.2019

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

bei der Veranstaltung von Amnesty International zum Thema „Frauen und Asyl“ sind wahrlich menschenunwürdige Zustände im hiesigen Ankerzentrum vor aller Öffentlichkeit sichtbar geworden. Die Vertreterin der Caritas sprach sogar davon, dass einzelne Bewohner durch die im Ankerzentrum herrschenden Zustände traumatisiert werden. Abhilfe zu schaffen ist dringend geboten.

Deshalb stellen wir folgenden

Antrag:

Die Stadt Ingolstadt wendet sich an die Regierung von Oberbayern bzw. zuständige Stellen wie das BAMF mit dem Ziel, im Ankerzentrum auf dem Gelände der Immelmannkaserne für menschenwürdige Zustände zu sorgen. Insbesondere sollen folgende Themen angesprochen werden:

1. Reduzierung der Zahl der Bewohner um mindestens die Hälfte.
2. Möglichkeiten zur Schaffung von Intimsphäre durch abschließbare Zimmer.
3. Ehrenamtlichen Helfern muss der Zugang ermöglicht bzw. erleichtert werden.
4. Den Bewohnern wird die Möglichkeit eingeräumt, selber zu kochen.
5. Für Kinder wird eine Betreuung in Kitas geschaffen bzw. der Besuch von Regelschulen ermöglicht (Deutschunterricht ist hierbei ergänzend notwendig - dieser kann auch durch Ehrenamtlichen erbracht werden).
6. Der Zugang zu Sprachkursen wird erleichtert.
7. Es werden geeignete Maßnahmen ergriffen, um die Verweildauer (bis zu drei Jahre) zu reduzieren.

8. Den Bewohnern wird mehr Zeit für eine bessere Vorbereitung auf die Interviews im Rahmen des Asylverfahrens (z.B durch die Beratung der Caritas) eingeräumt.
9. Die Stadt bietet der Regierung zusätzliche dezentrale Unterbringungsmöglichkeiten an.
10. Der "Runde Tisch Asyl" wird wiederbelebt und tagt in regelmäßigen Abständen.

Begründung:

Eine Vertreterin der Caritas schilderte mit eindringlichen Worten nicht nur, unter welchen Umständen die Menschen im Ankerzentrum leben, sondern auch dass die Ziele eines möglichst schnellen Abschlusses der Asylverfahren und damit einer kurzen Verweildauer im Ankerzentrum verfehlt werden. Den Entscheidungen des BAMF mangle es häufig an der notwendigen Qualität, was langwierige Gerichtsverfahren nach sich ziehe. Es gebe Menschen, die befänden sich seit drei Jahren im Ankerzentrum. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer sei schon bei mehr als einem Jahr.

Mütter hätten nicht einmal die Möglichkeit, ohne größere Umstände Fläschchen für ihre Babys zu wärmen. Nachts würden manche Bewohnerinnen den Türgriff von innen mit Stühlen blockieren, um mehr Sicherheit zu bekommen. Von der Zubereitung eigener Speisen könne man nur träumen. Die Spielmöglichkeiten für Kinder reichten nicht aus. An Sprachkursen könnten vor allem viele Frauen aufgrund der Umstände nicht teilnehmen. Manche Bewohner würden schon kurz nach der Ankunft zum Interview eingeladen, ohne zuvor die Beratungsdienste der Caritas in Anspruch nehmen und sich somit darauf vorbereiten zu können. Besuche im Ankerzentrum seien nicht möglich. Ehrenamtlichen, Politikern oder der Presse würde der Zutritt verwehrt.

Ein Land, aus dem selbst schon einmal 500000 Menschen geflohen sind, um dem Morden zu entgehen, sollte einen anderen Umgang mit Flüchtlingen pflegen. 70 Jahre nach Inkrafttreten der Charta der Menschenrechte sollten wenigsten die darin enthaltenen Standards beachtet werden.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Achim Werner
Fraktionsvorsitzender SPD

gez.

Petra Kleine
Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/DIE GRÜNEN

gez.

Christian Lange
Fraktionsvorsitzender BGL

gez.

Dr. Gerd Werding
Fraktionsvorsitzender UDI

gez.

Raimund Köstler
Gruppensprecher ÖDP